

ROLAND W. SCHINDLER

Erschöpfung der Demokratie? Erneuerung der Politik? Hannah Arendt über Parteidemokratie und Rätewesen

In der Dekade nach dem Untergang des sowjetischen Imperiums hat die Staatsform der Demokratie einen Siegeszug angetreten. Eine Vielzahl von alten und sich neu gründenden Staaten orientierte sich an dem westlichen Vorbild des auf freien Wahlen beruhenden politischen Systems der parlamentarischen Demokratie. Dadurch erfuhren die demokratischen Staaten im westlichen Zentrum eine verstärkte Legitimation. Die Kritik an ihnen verblaßte. Die These von einem Ende der Geschichte, die besagte, daß die historische Entwicklung der Menschheit in der liberalen Demokratie einen Fixpunkt gefunden habe, rundete das Selbstbild der bürgerlichen Eliten ab.¹

Inzwischen hat dieses Bild Sprünge bekommen. Jetzt machen wieder Klagen die Runde, die bereits in der Dekade vor 1989 formuliert worden waren, nämlich über die Deformierung der Demokratie und die Politikverdrossenheit. In der Tat scheint es beinahe so, als ob die Welt der Moderne im Bann einer grundlegenden Dialektik steht, wie sie von Hannah Arendt in ihrer *Vita activa* benannt worden ist: »Es ist durchaus denkbar, daß die Neuzeit, die mit einer so unerhörten und unerhörte vielversprechenden Aktivierung aller menschlichen Vermögen und Tätigkeiten begonnen hat, schließlich in der tödlichsten, sterilsten Passivität enden wird, die die Geschichte je gekannt hat.«²

In politischer Hinsicht bezieht sich die vielversprechende Aktivierung menschlicher Tätigkeiten auf die Französische Revolution, die als Anbruch der politischen Moderne den Anspruch auf Gleichheit erstmals in der Geschichte über alle Menschen ausbreitete. Von hier aus entfaltete sich eine neue Handlungskreativität. Doch auch hier schon treten die Parteien der Nationalversammlung, wie die Girondisten und die Jakobiner, zusehends an die Stelle der lebendigen Diskussion in den politischen Clubs der Städte. Von da an entwickelte sich die Auseinandersetzung um die richtige Form des Politischen. Den Erfolg trug das parlamentarische Modell mit sich. Nicht daß letzteres nicht immer wieder in Frage gestellt worden wäre. Insbesondere in den Revolutionen des 19. und des 20. Jahrhunderts waren es wiederholt die an die Erfahrung der politischen Clubs anschließenden Räte, die als eine Alternative zu dem parlamentarischen Modell auftraten. Doch der entscheidende letzte Schritt der Institutionalisierung des politischen Raums war immer wieder dem parlamentarischen Modell der Parteiendemokratie vorbehalten.

Roland W. Schindler – Jg. 1963, Dr.phil., Münster, Philosoph, Soziologe und Historiker.
Dissertation: Geglückte Zeit – gestundete Zeit. Hannah Arendts Kritik der Moderne, Frankfurt/M. 1996 (Campus). Letzte Veröffentlichung: Rationalität zur Stunde Null. Mit Hannah Arendt ins 21. Jahrhundert, Berlin 1998 (trafo-Verlag).
In UTOPIE kreativ: Flaschenpost für das 21. Jahrhundert. Einführung in das Werk Hannah Arendts, H. 103/104 (Mai/Juni) 1999, S. 143-153.

1 Vgl. dazu, Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir, München 1992.

2 Hannah Arendt: *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, München 1960, S. 314f.

Von der Klassikerin der Totalitarismustheorie, als die Hannah Arendt in den fünfziger Jahren internationale Anerkennung erhielt, überrascht vielleicht die fundierte kritische Analyse über die prinzipielle Unfähigkeit der Parteidemokratie, den politischen Raum dauerhaft institutionalisieren zu können. Für die öffentliche Rezeption der Totalitarismustheorie ist das Bemühen bezeichnend, mit dem Begriff der totalen Herrschaft die sich selbst als sozialistische Alternative zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verstehenden Staaten Osteuropas erfolgreich diskreditieren zu können durch die Ineinssetzung mit der Schreckensherrschaft des faschistischen Terrors. Doch Arendt interessiert sich über den Vergleich von stalinistischem und nationalsozialistischem Herrschaftssystem hinaus für die Ursprünge der totalen Herrschaft in der parlamentarischen Demokratie. Zu den ersten Hinweisen auf die Selbstschwächung der Politik als einer Vorbedingung für den Erfolg totaler Herrschaft, die Arendt in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* skizziert hat, treten im Laufe der Entwicklung ihres Werkes weitere Aspekte der Kritik hinzu.

Das Ziel des hier vorliegenden Essays ist es, Arendts Kritik an der parlamentarischen Demokratie kurz aufzufächern. Die Aktualität ihrer Einwürfe wird mit Blick auf die gegenwärtigen Erscheinungen der Entsubstantialisierung des politischen Handelns deutlich. Dabei bilden Äußerungen folgenden Typs die Trope der Entsubstantialisierung von Politik: Die Zukunft liegt weder links noch rechts, sie liegt in echten Lösungen. Damit verbunden ist neuerdings wieder eine Vorstellung von unmittelbarer Gefolgschaft, die an die Stelle der argumentativen Meinungsbildung tritt. Als Leitmotiv wirksam ist hierbei die mit der Globalisierungs-Trope verwobene Vorstellung vom Ende der Politik in der Demokratie. Der Tendenz nach werden politische Lösungen als von den Weltmärkten auf Gedeih und Verderb diktierte Fragen dargelegt und somit dem Meinungsstreit entzogen. Diese Selbstermattung der politischen Parteien wirft die Frage nach den Möglichkeiten von Politik jenseits des Spektrums der parlamentarischen Demokratie auf.

Der Ansturm der Parteien auf den Raum der Politik

Vielleicht erleichtert es für das Verständnis von Arendts kritischen Betrachtungen zum Wesen der Parteien, vorab die zwei unterschiedlichen, sich allerdings ergänzenden Kritiken zunächst kurz zu benennen und anschließend getrennt genauer zu diskutieren. Zum einen wäre da die Fokussierung ihrer Kritik am Parteiwesen auf den Typus der politischen Partei, wie er sich in der kontinental-europäischen Politik gebildet hat. Auf dieser Ebene der Kritik ist die unterschiedliche Bewertung der Parteien auf der Ebene von Differenzen in der politischen Kultur angesiedelt. Zum zweiten wäre auch die Ausweitung ihrer Kritik auf Parteien allgemein zu benennen. Auf dieser Ebene der Kritik bringt Arendt als Gegenmodell zur Besetzung des politischen Raumes durch die Parteien die politische Konzeption des Räteystems ins Spiel. Im folgenden wird Arendts Kritik an der Parteidemokratie entlang dieser beiden Linien rekonstruiert werden.

Eine erste Lektüre der Wirkungsweise von Parteien im politischen Raum exponiert Arendt im achten Kapitel ihres Totalitarismusbuches, das von dem responsiven Verhältnis zwischen Partei und Bewegung handelt. Im Kern arbeitet sie dort die Gründe für die größere Beharrungskraft des atlantischen politischen Systems gegenüber den Anfechtungen des Totalitarismus heraus. Schon daran wird klar, daß in diesem frühen Stadium der Theorieentwicklung Arendts Urteil über das Wesen der Parteien noch nicht vom Grundsätzlichen her entschieden ist. Vielmehr geben die Unterschiede in der politischen Kultur den Ausschlag für die Beurteilung der Chancen von Parteien. Dabei lautet Arendts These, daß der Parteiendualismus der atlantischen Länder diese im Unterschied zum Parteienpluralismus des europäischen Kontinents für totalitäre Bewegungen unempfindlich macht.

Hieran schließt sich die Frage an, wie Arendt ihre These begründet? Bei der Suche nach einer Antwort darauf sind drei Aspekte zu unterscheiden, die zudem hilfreich sind, so etwas wie eine Arendtsche Definition der politischen Partei zu entwickeln. Da wäre zunächst die Funktion der Partei im übergreifenden politischen Körper zu betrachten. Hier erkennt Arendt, daß der atlantische Parteiendualismus eine temporäre Verschmelzung einer der beiden Parteien mit dem Staat bedeutet. Zur Erläuterung dessen bestimmt Arendt, daß die an der Macht stehende Partei das Land tatsächlich regiert. Was meint sie damit? Regiert nicht in jeder parlamentarischen Demokratie die Partei, die bei den Wahlen gesiegt hat, fortan das Land? Der Unterschied liegt darin, daß im atlantischen System durch die zeitliche Grenze der Herrschaft die jeweils bei den Wahlen unterlegene Partei im Bewußtsein verbleibt, die mögliche Macht von morgen zu repräsentieren. Es ist die überraschende Pointe Arendts, daß sie in der Opposition diejenige Kraft beschreibt, die die Integrität des politischen Körpers gewährt. Politisches Handeln ist also immer mit der Verantwortung fürs Ganze verkoppelt, das im Wechselspiel von Regierung und Opposition konstituiert wird. Auf diese Weise wird auch die Etablierung einer eigenmächtigen Staatsbürokratie erschwert, die die politische Macht zur bloßen Verwaltung verformt.

Der zweite Aspekt, den Arendts Analyse der Unterschiede im Parteiensystem einbegreift, der Umgang mit der Macht, vertieft die Einsicht in das zuletzt Gesagte. Eine pragmatische Handhabung der Macht kann im kontinentalen Parteienpluralismus sich kaum entfalten. Hier spielt Arendt auf die prinzipielle Angewiesenheit auf parteipolitische Kompromisse an, die für die Machtausübung im Mehrparteiensystem bezeichnend ist. Dadurch wird eben oftmals verhindert, daß ein politischer Richtungswechsel in aller Klarheit gelingt. Doch wäre dies Arendts alleiniger Einwand gegen den Parteienpluralismus, ließen sich die Zweifel daran, ob sie damit auch ein gutes Argument vorgelegt habe, kaum überzeugend ausräumen. Mit einem zusätzlichen Schritt lenkt sie unsere Aufmerksamkeit auf das grundsätzlich andere Staatsverständnis, das den Parteienpluralismus einrahmt. Im Unterschied zum Bild vom Staat, das dem atlantischen Parteiendualismus unterlegt ist, ist die kontinentale Politik von der Vorstellung beherrscht, der Staat

sei eine über den Dingen schwebende Institution. Die Parteien befinden sich somit unterhalb der Schwelle, die dem Zutritt zum Ganzen des politischen Körpers vorgelagert ist. Daraus folgt: »Alleinherrschaft einer Partei kann hier nichts anderes bedeuten als illegitime Monopolisierung der Macht durch einen Teil des Ganzen bei gleichzeitiger Unterdrückung aller anderen Teile.«³ Diesem Gefühl der Illegitimität, das die Ausübung von Macht begleitet, liegt das zuletzt benannte Staatsverständnis zugrunde und nicht zuletzt erfährt es im Parteienpluralismus eine Verstärkung. In ihren späteren Arbeiten, insbesondere in *Über die Revolution* (1963) und dem späten Essay *Ziviler Ungehorsam* (1970), legt Arendt die Wurzeln des anderen Staatsbegriffs in der atlantischen politischen Kultur frei.⁴ Dort wird auch deutlich, wie stark das assoziative Moment, aus dem Macht hervorgeht, in den zivilgesellschaftlichen Strukturen und den politischen Praktiken des atlantischen Parteienpluralismus verankert ist. Die daraus erwachsenden Erfahrungen mit Politik sind in Europa wegen des über einen längeren Zeitraum dominanten Staats-Absolutismus weniger stark entwickelt. Hier ist der Staat historisch als bürgerferne Institution verankert.

Damit berühren wir bereits den dritten Punkt von Arendts Argumentation gegen den europäischen Parteienpluralismus. Aus einem anderen Blickwinkel, dem der Relation Bürger-Staat, betrachtet Arendt die Ursprünge der »Machtfremdheit«⁵ der politischen Partei Kontinentaleuropas. Daß die Bürger in Europa von der Macht getrennt sind, erklärt sie daraus, daß die Partei als Forum politischen Handelns hier weniger das Aggregat eines qualitativen Moments ist, sondern vielmehr das Aggregat politischer Quantität. In der atlantischen politischen Kultur herrscht nämlich Klarheit darüber, daß eine Partei eine politische Organisation von Bürgern ist. Das heißt, der private Mensch als Bürger durchläuft eine gewisse Transformation zum Citoyen. Er distanziert sich dabei ein Stück weit von seinen unmittelbaren privaten Interessen und öffnet sich den öffentlichen Angelegenheiten. Aus Sorge um die mit den anderen Bürgern geteilte Welt beginnt er zu handeln. Und handeln bedeutet hier zuerst, sich mit anderen zusammenzuschließen und so der Macht zur Weltgestaltung nahezukommen. Im Unterschied dazu zeigt sich an der Historie der Parteien in Europa, daß sie nicht mehr darstellen als Interessenvereine, in denen sich Individuen gleicher Interessenlagen zusammentun, um von der politischen Macht den Schutz ihrer gemeinsamen Interessen zu fordern. Die Entfaltung der republikanischen Mentalität des Bürgers gelingt dabei nur unvollständig.

Diese Kritik untermauert Arendt an anderer Stelle ihrer Totalitarismusstudie mit weiteren Argumenten. In einem weiteren Schritt läßt Arendt im Anfangskapitel des dritten Teils von *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* erkennen, daß die Parteien einen erheblichen Beitrag dazu leisten, was man mit Arendt die Erziehung der Bürgerinnen und Bürger zur Unpolitik nennen könnte. Damit erweitert sie ihre Kritik an dem Konzept der Partei als partikularem Interessenorgan um das Moment der Professionalisierung der Politik. In einer Formulierung, die an die Thesen des soziologischen Klassikers Max Weber erinnert, macht sie darauf aufmerksam, daß

3 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986, S. 404.

4 Vgl. dazu die Arbeiten von Ernst Vollrath, der die Unterschiede zwischen den politischen Kulturen der angelsächsischen Staaten und Kontinentaleuropas weiter entfaltet hat; insb. in: *Grundlegung einer philosophischen Theorie des Politischen*, Würzburg 1987.

5 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge*, S. 408.

6 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge, S. 404.

7 Der Soziologe Max Weber (1864-1920) hat in dem 1919 erschienenen Vortrag »Politik als Beruf« das Paradigma der Betrachtung gesetzt. Seine Bemerkungen über das Parteiwesen im Parlamentarismus berühren sich in verschiedenen Punkten mit den Analysen Arendts. Vgl. Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1980, S. 837-868. Der entscheidende Unterschied ist in seiner Betonung politischer Führerschaft als Rezeptur für die sich auftuenden Probleme der Politik im Parlamentarismus aufzusuchen.

8 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge, S. 506.

9 Ebenda, S. 508.

10 Ebenda.

mit dem an der Interessenvertretung orientierten Parteitypus das Verständnis von »Politik als Beruf«⁶ verflochten ist.⁷

Hiermit fließt in ihre politische Kritik am Parteiwesen eine soziologische Betrachtung ein. Denn als Ermöglichungsgrund für den Erfolg der Konzeption von »Politik als Beruf« benennt sie die Klassenstruktur moderner Gesellschaften. In der »konkurrierende(n) Erwerbsgesellschaft der Bourgeoisie«⁸ besteht von Anbeginn eine Apathie gegen öffentliche Angelegenheiten. Zeit ist in modernen Gesellschaften eine knappe Ressource. Die individuell verfügbare Zeit wird eher in die ökonomische Expansion investiert als in politisches Handeln. Daher besteht in den Klassen, die sich im gesellschaftlichen Gefüge des Kapitalismus konstituieren, ein Interesse daran, »eine gewisse Zahl von Menschen für Politik zu erziehen«⁹. Die in diesem Systemzusammenhang von Politik und Ökonomie entwickelte Form von Repräsentanz bewirkt, daß sich in der Gesellschaft eine politische Gleichgültigkeit etabliert. So kann sich kein politisches Bewußtsein entwickeln, »bei dem jeder Bürger sich mehr oder minder verantwortlich für die Abwicklung der Regierungsgeschäfte«¹⁰ fühlt. Die Stoßrichtung von Arendts Kritik an der parlamentarischen Parteidemokratie zielt also in zwei Richtungen. Einerseits enthält dieser Typus der Ausgestaltung des politischen Raums zu wenig Elemente der bürgerlichen Partizipation. Andererseits schwächt er das Interesse an bürgerlicher Partizipation, indem dieses System der Repräsentanz zur Unpolitik erzieht.

Weiterhin ist zu beachten, daß Arendt nicht allein aus theoretischen Erwägungen heraus ihre Kritik an der parlamentarischen Parteidemokratie formuliert hat. Vielmehr sind es historische Erfahrungen, die sie auf die Schwächen jenes Systems aufmerksam gemacht haben. Hier kann nur kurz daran erinnert werden, daß in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts die Zahl der Staaten, die von der demokratischen zu mehr oder minder autoritären bis hin zu diktatorischen Staatsformen wechselten, vor allem in Europa sukzessiv zunahmen. Insbesondere der Erfolg der totalen Herrschaft in Deutschland ist es, der Arendts Aufmerksamkeit auf die Schwäche der Parteidemokratie gelenkt hat. Die Gründe für die Unfähigkeit der Parteien, sich in den Wirren der Zwischenkriegszeit zu behaupten, verortet Arendt darin, daß ihnen die gesellschaftliche Krise den Boden unter den Füßen weggezogen hat.

Am Beispiel Deutschlands illustriert sie, daß vor allem die Wirtschaftskrisen der zwanziger Jahre wie die Große Inflation und der Schwarze Freitag von 1929, aber auch die technologische Entwicklung das Phänomen wachsender Individualisierung im Sinne von Atomisierung im Gefolge hat. Somit entstehen hier Bevölkerungsmassen, die sich in einem Punkt entscheidend von der Bevölkerung des 19. Jahrhunderts abhebt. Diese war eine entlang der Konfliktlinien etwa zwischen Kapital und Arbeit geschichtete Bevölkerung, in der sich soziale Milieus herauskristallisieren konnten, die sozialen und auch politischen Zusammenhalt stifteten. Dies geht in den Krisen der zwanziger Jahre verloren. Die damit einhergehende Veränderung des Sozialen bezeichnet Arendt als

»fortschreitende Vermassung aller gesellschaftlichen Strukturen«¹¹. Verlust der gemeinsamen Welt, Kontaktlosigkeit, Entwurzeltsein bilden Termini, mit denen Arendt die neue soziale Erfahrung der Individualisierung einholt. Die politische Folge dieser Transformation des Sozialen beobachtet sie in dem Verlust der Fähigkeit, sich mit eigenen Interessen selbst in der Welt behaupten zu können. Daraus resultiert in den Massen eine Empfänglichkeit für die »allgemeinsten Parolen, die nur dem geschichtlichen Moment ›überhaupt«, aber keiner konkreten politischen Situation mehr entsprechen«¹². Der einzelne wird so zur Beute der die Massen durchdringenden Strömungen. Die Selbstaufgabe der Parteien beginnt für Arendt in dem Moment, in dem die Parteien dieser Entwicklung Tribut zollen und weniger an republikanischen Verfassungen, sondern stärker an demokratischen Mehrheiten interessiert sind. Was damit verloren geht, ist die politische Gestaltungsfähigkeit, die dem mäandernden Zeitgeist hintangestellt wird.¹³

Nach dem Scheitern des kontinentalen Vielparteiensystems hat Arendt für die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Restaurierung der demokratischen Parteienpolitik wenig übrig. In *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* moniert sie, daß in Europa die Parteiapparate wieder in einer Weise restauriert worden seien, »daß man glauben möchte, es wäre inzwischen überhaupt nichts geschehen«¹⁴. In einer Reportage, in der sie ihre Eindrücke einer Reise wiedergibt, die sie 1949 ins Nachkriegsdeutschland geführt hatte, bemerkt sie sarkastisch, daß die Parteien »vergreist wiedergeboren«¹⁵ seien. Was sie vor allem bewirkten, sei, ihre Mitglieder in Lohn und Brot zu bringen. Somit zögen sie den opportunistischsten Teil der Bevölkerung an und Menschen mit Initiative und neuen Ideen blieben außen vor.¹⁶

Der erste Teil von Arendts Kritik, der – um es noch einmal zu wiederholen – den angelsächsischen Parteitypus der atlantischen politischen Kultur außen vor läßt, kann damit als abgeschlossen angesehen werden. Was sie bewegt, den atlantischen Parteiendualismus aus der Kritik auszuklammern, ist seine größere Resistenz gegen den Ansturm der Bewegungspolitik, die von den totalen Bewegungen propagiert wird. In einem zweiten Schritt hat sie in ihrem politiktheoretischen Hauptwerk *Über die Revolution* ihre kritischen Einwendungen jedoch auf ersteren ausgedehnt. Obwohl das Umfeld politischen Handelns, wie oben angedeutet, eine bessere zivilgesellschaftliche Voraussetzung für die Ermutigung der Bürger zum Handeln vorfindet, läßt sich in der späten Moderne auch dort eine Ermattung der politischen Öffentlichkeit festhalten. Den Hauptgrund dafür erblickt Arendt teils in der Bürokratisierung der Parteien, teils in der Einengung des politischen Raums auf die Institution des Parlaments.

Im Hinblick auf die Einengung des politischen Raums rekurriert Arendt in ihrer Kritik auf die Ursprünge der Amerikanischen Revolution in den »Townhall Meetings«. Anfänglich bildeten die »Townhall Meetings« den Versammlungsort der an den öffentlichen Angelegenheiten interessierten Bürger. Dort berieten und diskutierten sie über die Ausgestaltung ihrer gemeinsamen Welt. Dort erfuhren sie etwas über die Macht, die im Zusammenhang des

11 Ebenda, S. 505.

12 Ebenda, S. 507.

13 In dieser Hinsicht ist Arendts Interpretation der politischen Intentionen Thomas Jeffersons in der Amerikanischen Revolution aufschlußreich: »Entscheidend hierbei bleibt, daß Jeffersons eigentliches Anliegen nicht dem politischen Wohlergehen der Bürger, sondern der Sicherheit der Republik gilt. Es geht ihm darum, ›die Entartung unserer Regierung‹ zu verhindern, und seines Erachtens war jeder Staat entartet, in dem die Macht in den Händen von einem, von wenigen, von den durch Geburt Begünstigten oder in den Händen der Mehrheit konzentriert war« (1963, 325) Worum es Arendt hier geht, ist die Betonung republikanischen Minderheitenschutzes vor den Attitüden jedweder Mehrheiten.

14 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge*, S. 509.

15 Hannah Arendt: *Besuch in Deutschland*, in: Marie-Luise Knott (Hg.): *Zur Zeit. Politische Essays*, München 1989, S. 69.

16 Ebenda, S. 68f. Diese schroffe Kritik an der Rolle der Parteien hält die ehema-

lige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth sowohl für unangemessen als auch für ungerecht: »Sie unterschätzte nicht nur den befreienden Charakter für viele im Nachkriegsdeutschland, sich wieder politisch betätigen zu können, sondern nahm auch die Artikulations-, Willensbildungs- und Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Parteien und damit verbundenen Neuschöpfungen von Ideen und Programmen unzureichend wahr.«

Vgl. Bernward Baule (Hg.): Hannah Arendt und die Berliner Republik. Fragen an das vereinigte Deutschland, Berlin 1996, S. 74.

17 Hannah Arendt: Über die Revolution, München 1963, S. 350.

18 Ebenda, S. 345.

19 Arendt schließt an das Verständnis des Korruptionbegriffs in der schottischen Moralphilosophie des achtzehnten Jahrhunderts an. Vgl. dazu die Arbeit von John G. A. Pocock: Die andere Bürgergesellschaft. Zur Dialektik von Tugend und Korruption, Frankfurt/M. 1993.

20 Hannah Arendt: Über die Revolution, S. 346.

21 Ebenda, S. 350f.

Handelns verborgen liegt. Diese Quellen der Macht fanden allerdings schon in der Amerikanischen Verfassung von 1786 keinen Platz mehr. Für Arendt entsteht hier der Eindruck, als ob »bürgerliche Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten (...) gar nicht erwünscht ist, daß die Bevölkerungsschichten, welchen die Revolutionen eben den Zugang zum politischen Raum eröffnet haben, sich mit Repräsentation zu begnügen haben«¹⁷. Obschon das atlantische Parteiensystem »ein radikal anderes Machtprinzip«¹⁸ kennt, hat es auch den Zugang zum politischen Raum qua Repräsentanz verengt. Hieran nimmt Arendt Anstoß.

Die Gefahr, die darin beschlossen liegt, daß das Gefühl der Teilhaberschaft an der Macht dem Bürger nur am Wahltag gegeben wird, ist die sukzessive Auslieferung des politischen Systems an ein Volk von Privatleuten. Dadurch, daß sich ein Volk im politischen Sinn außerhalb des parlamentarischen Rahmens nicht dauerhaft konstituieren kann, verlieren die Bürger das Gefühl der Verantwortlichkeit für die öffentlichen Angelegenheiten. Schließlich ist die einzige politische Funktion, die ihnen obliegt, die kurzweilige Stimmabgabe an der Wahlurne. Eben in dieser Entpolitisierung des Volkes, die aus dem System der Repräsentanz hervorgeht, liegt für Arendt eine Affinität zur Korruption begründet. Darunter versteht sie allerdings weniger eine unmittelbare individuelle Vorteilnahme der Parlamentarier als vielmehr einen politischen Habitus, der in der Politik den im weiteren Sinn privaten Interessen den Vorrang gibt vor dem Interesse für das Ganze der mit anderen geteilten Welt.¹⁹

Auch aus der Perspektive der Parteien ist diese Entwicklung eine negative. Zunächst kann beobachtet werden, daß auch für den Parteipolitiker der Raum des Politischen schrumpft: auf das Parlament. Schon die Wahlkampagne fällt für Arendt nicht mehr in den Bereich der genuinen Politik. Zum einen hat der Bürger als Wähler keinen Einfluß auf die Erstellung der Kandidatenliste für die Wahl. Er kann allein über die von den Parteien präsentierten Listen abstimmen. Zum anderen gerät der Abgeordnete in dem System der unpolitischen Parteidemokratie unter den Druck seiner Wähler, die an ihn die Erwartung stellen, ihre Interessen gegen die anderer Interessengruppen durchzusetzen.²⁰

Ein anderer Punkt, der die Einengung der Handlungsfähigkeit von Politikern unterstreicht, ist für Arendt in der Entstehung des modernen Wohlfahrtsstaates aufzusuchen. Mit diesem wird Politik als Interessenwahrung immer stärker auf administrative Aspekte zugeschnitten. Das Dilemma dieser Entwicklung ist nicht zuletzt die wachsende Abhängigkeit politischer Entscheidungen von Expertenwissen. Dies tritt in der Form von sachnotwendigen Urteilen auf, die im Sinn politischer Debatte sinnvoll nicht mehr hinterfragt werden können sollen.²¹ Die Aufgabe der parlamentarischen Abgeordneten heißt dann Vollzug des von den Experten anempfohlenen.

Einerseits muß hier gegen Arendt eingewandt werden, daß sie die Vielfalt der Expertenmeinungen zu allzu sachlich präsentierten Problemstellungen unterschätzt hat. Zwar hat sie darin recht, daß politisches Handeln in hochtechnisierten Gesellschaften auf wissenschaftliche Expertisen angewiesen ist. Aber die politische

Entscheidung dreht sich immer noch um die Frage, welche der unterschiedlichen Expertisen, etwa pro oder contra Atomkraft und pro oder contra Biotechnologien, mehr Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft versprechen. Andererseits kann auch nicht übersehen werden, daß die Präntention nicht nur der jeweiligen Experten, die ihre Beweise allzu selbstüberzeugt vorlegen, sondern auch von Politikern dahin geht, weniger auf die Urteilsfähigkeit des politischen Publikums zu setzen, als vielmehr den Gedanken zu hegen, letzterem die Sachdiktate der Experten wenig kommunikativ zu oktroyieren. In dieser Hinsicht kann es tatsächlich beinahe so scheinen, als wäre die »Parteilichkeit der Parteien ... kein geringerer Störfaktor als die Lust am Handeln«.²²

Letztlich sind moderne Parteien für Arendt nicht mehr als Wahl- und Jobmaschinen, die dort entstehen, wo Nominierungsakte für die Kandidaten der Parlamente notwendig werden. Als Apparaturen für die Präparierung von Kandidaten für Wahlen sind die Parteien offen für die Bürokratisierung. In dieser Richtung ist Arendts Kritik jedoch nicht sehr ergiebig. Mehr als das Stichwort Bürokratisierung bietet sie kaum an.²³ Allein der Hinweis auf die Unfähigkeit, echte politische Begabungen zu fördern, verleiht dem Bild ein wenig Patina. Für Arendt hängt die Bürokratisierung offenbar an dem Typus von »Politik als Beruf«, auf den sie im Kontext der Bürokratisierungsthese auch in ihrem politiktheoretischen Hauptwerk *Über die Revolution* hinweist.²⁴ Was aus diesen Apparaturen für die Präparierung von Kandidaten für Wahlen heraus die Entpolitisierung des Volkes weiter vorantreibt, ist die Gestalt der modernen Parteienwerbung. Sie bringt die Kommunikation zwischen Politiker und Wähler endgültig auf das Niveau von Kauf und Verkauf.²⁵

Damit schließt sich der Kreis der Entpolitisierung von Politik im System der Repräsentanz. In Arendtscher Perspektive fördert die gegenwärtig an der Parteienpolitik kritisierte Entsubstantialisierung von Politik tatsächlich das substantielle Element von Parteienpolitik zutage. Das repräsentative Modell der Parteidemokratie scheitert von Anbeginn an der Unmöglichkeit, den Kern von Politik zu repräsentieren. Interessen können zwar in die Repräsentanz eingehen, nicht aber die Handlungen und vor allem die Meinungen der Bürger. Meinungen sind auf den öffentlichen Diskurs angewiesen. Sie bilden sich an den Reibungslinien der im öffentlichen Raum stattfindenden Auseinandersetzungen. Unabhängig von diesen Foren sind Meinungen im politischen Sinn nicht existent. Was die neuesten Methoden der politischen Wissenschaft in Umfragen einfangen können, sind allenfalls die Stimmungen, von denen oben bereits die Rede war.²⁶

Diese Annahme über die Entsubstantialisierung von Politik wird bestärkt durch die Aufblähung eines relativ neuen Modells der Präsentierung von Politikern: dem Handeln mit Images. Auch in dieser Hinsicht erweist sich Arendts besondere Befähigung für die Diagnostik spezieller Problematika der Politik. In einem den Bezug von Wahrheit und Politik ausleuchtenden Essay gleichen Titels aus dem Jahr 1969 beschreibt sie bereits in kritischer Haltung mit dem »image-making« ein neues Moment, das sich in die oben beschriebene Linie der Mediatisierung von Politik einfügt. Darunter

22 Ebenda, S. 351.

23 Hannah Arendt: Besuch in Deutschland, S. 148.

24 Hannah Arendt: Über die Revolution, S. 357.

25 Ebenda, S. 356.

26 Vgl. dazu Serge Halami: »Politischer Berater – ein Metier ohne Grenzen«, in: *Le Monde diplomatique*, 8, 1999, S.6-7. Hier wird aufschlußreich über die Methoden zur Aufweichung dessen, was man die Substanz des Politischen nennen könnte, den Wettstreit um innovative Ideen zur Weltveränderung, berichtet.

27 Hannah Arendt:
Wahrheit und Politik, in:
Ursula Ludz (Hg.): Zwischen
Vergangenheit und Zukunft.
Übungen im politischen
Denken I, München 1994,
S. 355.

versteht sie das Phänomen, das Wunschbild eines Ereignisses oder einer Nation oder einer Person zu kreieren. Dieses kann mit den Mitteln der modernen Massenmedien wirksam in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Diese Form von Politikberatung erzeugt Abziehbilder von Personen, an denen alles das Publikum verstörende abgeburstet wurde, und die eine größere Verbreitung finden als etwa der wirkliche Politiker durch persönliche Auftritte.²⁷ Die Gefahr dieser Entwicklung in moderner Politik besteht darin, daß sie wie jedes organisierte Lügen das zerstört, was es zu negieren versucht. Mit dem Verbergen der wirklichen Person hinter dem Image in der neueren Wahlwerbung der Parteien bahnt sich ein Glaubwürdigkeitsverlust der Politik als Repräsentanz an.

Im Hinblick auf die diesen Essay überspannende Fragestellung Erschöpfung der Demokratie oder Erneuerung der Politik kann an dieser Stelle ein vorläufiges Fazit gezogen werden. Der eingangs aufgeworfene Bann einer grundlegenden Dialektik der Moderne scheint tatsächlich in die negative Richtung bestätigt werden zu müssen. Mit der Dominanz der Form Politik als System der Parteidemokratie geht in der Moderne eine steter Verlust politischer Substanz einher. Aus der Bürokratisierung der Parteien, der Kommerzialisierung der Kommunikation mit der Wahlbevölkerung und der Auflösung der politischen Persönlichkeiten in Images sowie der wachsenden Korruptierbarkeit von Politikern erfolgt im Anschluß an Arendt die Diagnose der Erschöpfung von Demokratie. Doch hält Arendt in ihrer Politiktheorie eine überzeugende Alternative bereit, die Chancen für eine Erneuerung der Politik bieten würde? Darauf soll im folgenden eine kurze Antwort gesucht werden.

Erneuerung des politischen Raums? Alternativen zur Parteipolitik?
Existiert in der modernen Welt überhaupt eine Alternative zu herkömmlichen Parteiwesen in der parlamentarischen Demokratie? Haben die Parteien nicht immer wieder die Überlegenheit ihrer Existenzweise bewiesen, indem sie wiederholt an die Stelle der gelegentlichen, nur in Zeiten politischer Verwerfungen gleichsam von der Geschichte hochgespülten politischen Räte getreten sind? Ist die Hoffnung auf die Erneuerung des politischen Raums in der modernen Welt noch berechtigt?

In der *Vita activa*, Arendts Darlegung der philosophischen Anthropologie, findet sich ein flüchtiger Hinweis, der als eine pessimistische Antwort auf diese Fragen gelesen werden kann. Dort heißt es über die Erfindung des totalitären Systems im 20. Jahrhundert, daß »wir fürchten müssen, daß sie dem modernen Phänomen der Masse entspricht und auf ihre Weise imstande ist, die Probleme der modernen Massengesellschaft zu lösen«²⁸. Aber die eben zitierte Stelle verweist auch auf die Alternative zu dieser Entwicklung, die – gerade in den politischen Wissenschaften der fünfziger Jahre – allzu leicht übersehen wurde. Die andere neue Staats- und Regierungsform der Moderne ist für Arendt mit der Heraufkunft des Rätessystems gesetzt. In den Räten erkennt sie durchaus eine tragfähige Alternative zu dem, wie sie hinzufügt, »im Volke hoffnungslos diskreditierte(n) europäische(n) Parteidemokratiesystem«²⁹.

28 Hannah Arendt: *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, S. 211.

29 Ebenda.

Der entscheidende Unterschied des Räteystems zum System der Repräsentanz, wie es mit dem Parteienwesen gegeben ist, liegt nicht darin beschlossen, daß jenes dem demokratischen Prinzip mehr Gewicht gibt. Vielmehr ist das Plus der Räte darin zu verorten, daß mit ihnen ein Aufbrechen der vielen, ob sie eine bloße Menge oder eine moderne Massengesellschaft bilden, »in eine Organisations- und Versammlungsform, in welcher ein jeder zählt«³⁰, gelingen kann. Gerade mit Blick auf die Probleme einer modernen Massengesellschaft erkennt Arendt in den Räten eine geeignete Institution der Versittlichung des politischen Handelns. Die Organisations- und Versammlungsform der Räte ist geeignet, um die Bürger so republikanisch werden zu lassen, wie sie es in einer großen Gesellschaft eben werden können.³¹

Damit wird klar, was sie unter der Heilkraft menschlicher Institutionen versteht, über die sie in *Über die Revolution* schreibt.³² In den öffentlichen Institutionen sind die Bürger gezwungen, ihre individuellen Standpunkte mit guten Argumenten zu vertreten. Arendt geht davon aus, daß durch die Beibehaltung von Öffentlichkeit die Begrenzung des Entscheidungs- und Handlungsspielraums durch egoistische Motive oder Anfälligkeit für Korruption zugunsten einer Sorge für die gemeinsame Welt überwunden werden kann.³³ Auch in dem späten Essay *Ziviler Ungehorsam* unterläßt Arendt nicht den Hinweis auf die Verwobenheit einer Kunst der Vereinigung in öffentlichen Institutionen mit Beförderung und Beibehaltung von republikanischer Sittlichkeit.³⁴

Auf institutioneller Ebene setzen Räte nicht wie Parteien eine Konzeption von Gesellschaft voraus, die sozial und ökonomisch so strukturiert ist, daß politische Interessen sich entlang etablierter Großgruppen generieren und delegieren lassen. Die Stärke der Räte ist eher in dem Moment der »Kombinierung existierender Machtgruppen«³⁵ aufzusuchen. Darunter versteht sie, daß die Macht bei den sich assoziierenden Bürgerinnen und Bürgern belassen bleibt. Hinzu kommt, Arendt erwartet geradezu Ungleichheiten von Meinungen und Interessen, die eine Vielzahl von Machtgruppen ins Leben rufen. Insofern diese Machtgruppen die Welt gemeinsam haben, kommt es in der Politik darauf an, diese so zu kombinieren, daß keine die andere erdrücken kann. Ausgleich und Kompromiß sind hier als Leitmotive in die Theorie politischen Handelns einbezogen. Daß die Macht bei den sich assoziierenden Bürgerinnen und Bürgern belassen bleibt, verweist unter den Bedingungen großflächiger Staaten und zahlreicher Bevölkerungen, die naturgemäß nicht in einen Raum passen, auf eine andere Form der Repräsentanz. Hierbei ist entscheidend, daß mit dem föderativen Prinzip die höchste Ebene der Repräsentanz – des Räteparlaments – immer noch an die unterste – der Nachbarschaftsräte – rückgekoppelt bleibt.³⁶

Daß die Räte dennoch in der Geschichte der Moderne nicht mehr als der Aufdruck historischer Fußnoten sind, erklärt sich Arendt mit dem Erfolg des Nationalstaats. Bereits an der Französischen Revolution zeigt sich eine Ereignisfolge, die auf der strukturellen Ebene mit dem Geschehen der Russischen Revolution eine gewisse Ähnlichkeit hat. Die politische Entscheidung der Französischen

30 Hannah Arendt: *Über die Revolution*, S. 325.

31 Ebenda.

32 Ebenda, S. 226.

33 Ebenda, 323ff.

34 Hannah Arendt: *Besuch in Deutschland*, S. 155.

35 Hannah Arendt: *Über die Revolution*, S. 218.

36 *Über den Wahlmodus der Räte* bemerkt Arendt: »... sie waren nicht von oben nominiert und von unten unterstützt, sondern frei von ihresgleichen gewählt, und da sie den Wählern in der Ratsversammlung Rechenschaft abzulegen hatten, blieben sie mit ihresgleichen verbunden und ihnen verantwortlich« (1964, 357). Die hier zugrunde gelegte Gleichheit »beruht nicht auf der Menschennatur und nicht auf angeborenen Eigenschaften, sondern ist die Gleichheit derer, die sich auf ein Unternehmen verpflichtet haben und von ihm in Anspruch genommen sind« (ebd., 358)

Revolution, die für die europäische Moderne ein Paradigma abgeben sollte, war die für den Nationalstaat und das Parteiwesen. Im Machtkampf unterlagen die Räte und die ihnen entsprechende politische Struktur einer Föderation. Die Volksgesellschaften sowie die nach 1789 neu gegründeten Munizipalbehörden gaben den Boden ab für die Möglichkeit einer föderativen Staatsform. In ihnen brach sich ein ungeheurer Druck Bahn; nach Teilhaberschaft an Politik, nach Diskussion, Belehrung, gegenseitiger Aufklärung und Meinungsaustausch. Das französische Volk erhielt hier eine »erste Lektion in Sachen menschlicher Würde und Freiheit«³⁷, notiert Arendt geradezu euphorisch. Die Entmachtung des kommunalen Rätessystems durch die jakobinische Diktatur des Wohlfahrtsausschusses stellte die Weichen für die Geburt des Nationalstaats, der zugleich den Untergang der freien Republik bedeutete.³⁸ Der revolutionäre Akt der Pariser Kommune von 1871 zielte nach Arendt auch auf eine Korrektur des politischen Programms um die fatale Nationalidee. Politisch sollte mit den Räten der Pariser Kommune die Rückkehr zu 1789 avisiert werden; gegen die alte Idee vom Staat als une et indivisible.³⁹

Um es abzukürzen, möge an dieser Stelle der Hinweis ausreichen, daß Arendt in der Russischen Revolution von 1917 eine vergleichbare Entwicklung beobachtet. Die Rolle der Jakobiner als Zensoren der politischen Öffentlichkeit, als Agentur von Denunzianten zur Verortung von Parteiabweichlern und Konterrevolutionären wird von Lenins Bolschewisten übernommen. Das Paradoxon für Arendt ist nur, daß das Ende des Nationalstaats, das der Erste Weltkrieg und seine Folgen politisch bedeuteten, auch das Parteiwesen ad absurdum führt. Die Führung durch Parteiexperten setzt sich dennoch gegen die Idee der staatsbürgerlichen Teilhaberschaft an Politik durch. Bei Lenin, wie schon zuvor bei Marx, sind die Räte nur als Kampforgane geschätzt. Arendt dagegen schätzt die Räte auch als Ordnungsorgane hoch ein. Es ist die Angst vor dem Neuen, dem politisch noch Unbewährten, der das politische Denken in den Kategorien des Nationalstaates verhaftet bleiben läßt; auch nach dessen Zusammenbruch.⁴⁰

Gerade aber das Faktum, daß die Räte wiederholt aus der Asche vergangener historischer Ordnungen aufgestiegen sind, hält Arendts Optimismus wach, daß die Moderne nicht der Selbstermattung der Politik im Parteiwesen parlamentarischer Demokratie erliegen muß.⁴¹ Für sie bleibt ein Unbehagen mit dem zu geringen Potential an Teilhaberschaft, das mit der Parteipolitik gegeben ist. Die politische Gegenwart gibt ihr zum Teil recht. Die Zukunft der Parteien muß skeptisch beurteilt werden. Allzusehr schrumpfen sie auf das Format von Wahl- und Jobmaschinerien zusammen. Korruption im Sinn von Bestechlichkeit und Bereicherung wird zusehends zu einer Last des politischen Systems. Die wachsende Wahlmüdigkeit ist ein Zeichen der dahinschwindenden Ordnungskraft der Parteien.

Was Arendt über die totalen Bewegungen als Erben der modernen Parteienpolitik gedacht hat, findet in der Gegenwart Bestätigung.⁴² Im Hintergrund ihrer in *Über die Revolution* kaum weiter ausgeführten Randbemerkungen zu diesem Thema stehen Argumente aus ihrer älteren Arbeit über die totale Herrschaft. Dort

37 Hannah Arendt: *Über die Revolution*, S. 315.

38 Ebenda, S. 317.

39 Ebenda, S. 343.

40 Ebenda, S. 332.

41 »Wenn sie mich aber nun fragen, welche Aussichten er (der Rätestaat; R.W.S.) hat, realisiert zu werden, dann muß ich Ihnen sagen: sehr geringe, wenn überhaupt irgendwelche. Immerhin – vielleicht doch im Zuge der nächsten Revolution.«
Hannah Arendt 1970 im Gespräch mit Adelbert Reif. Vgl. Hannah Arendt: *Macht und Gewalt*, München 1987, S. 133.

42 Hannah Arendt: *Über die Revolution*, S. 348.

begründet sie die Affinität der Massen für totale Bewegungen mit dem Rückgriff auf zwei Fehlschlüsse des politischen Denkens im Parteienstaat. Zunächst verführt der politische Erfolg der Parteien zu der Einschätzung, daß die Massen, die politisch nicht in Erscheinung treten, selbst dann mit ihnen sympathisieren, wenn sie an den Wahlen nicht teilnehmen. Ein anderer Irrtum gründet auf der Überzeugung, daß das politische Schweigen der Massen in den normalen Zeiten des demokratischen Staatswesens im Sinne politischer Neutralität auszudeuten sei.⁴³ Beides ist durch das Aufkommen der totalen Bewegungen zum Ende der Weimarer Republik offensichtlich in seiner Irrigkeit deutlich geworden.

Als Palliativum gegen solche Fehlentwicklungen vertraut Arendt auf die Stärkung von Elementen direkter Demokratie. Und die Hinwendung zu den Räten als den Trägern alternativer Institutionen ist nicht Arendts letztes Wort geblieben. Die Entwicklung des politischen Handelns unter den Bedingungen der Moderne läßt sie zum Ende ihres Lebens noch einmal aufhorchen. Die Bürgerrechts-, Studenten- und Anti-Vietnamkriegsbewegung mit ihren Mitteln des zivilen Ungehorsams und anderen Formen des politischen Protestes lassen sie über eine weitere Möglichkeit nachdenken, das Entscheidungs- und Handlungsmonopol politischer Parteien zu brechen. In dem bereits zitierten Essay *Ziviler Ungehorsam* schlägt sie als eine Möglichkeit der Verbesserung der Chancen auf politische Teilhabe vor, daß die im zivilen Ungehorsam aktiven Gruppen einen institutionellen Zugriff auf die politischen Entscheidungsträger im Parlament erhalten sollen. Ähnlich wie je schon die verbandlich organisierten Lobbyisten aus Wirtschaft und Gesellschaft sollen Vertreter von Nicht-Regierungs-Organisationen, wie wir heute sagen würden, die geregelte Möglichkeit haben, den politischen Entscheidungsprozeß in ihrem Sinn zu beeinflussen. Fazit: Den Volksvertretern im Parlament der Parteien die Sache des Volkes nicht allein überlassen, das ist eine entscheidende Devise der politischen Theorie Arendts.

43 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 504.

Literatur:

- Arendt, Hannah (1960): *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, München.
 Dies. (1963): *Über die Revolution*, München.
 Dies. (1986): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München.
 Dies. (1987): *Macht und Gewalt*, München.
 Dies. (1989): *Ziviler Ungehorsam*, in: Marie-Luise Knott (Hg.): *Zur Zeit. Politische Essays*, München.
 Dies. (1989a): *Besuch in Deutschland*, in: Marie-Luise Knott (Hg.): *Zur Zeit. Politische Essays*, München.
 Dies. (1994): *»Wahrheit und Politik«*, in: Ursula Ludz (Hg.): *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*, München.
 Baule, Bernward (Hrsg.) (1996): *Hannah Arendt und die Berliner Republik. Fragen an das vereinigte Deutschland*, Berlin.
 Fukuyama, Francis (1992): *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir*, München.
 Halami, Serge (1999): *»Politischer Berater – ein Metier ohne Grenzen«*, in: *Le Monde diplomatique*, H. 8.
 Moldenhauer, E.; Michel, K.M. (Hrsg.) (1983): *G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Mit Hegels eigenhändigen Notizen und den Zusätzen*, Frankfurt/M.
 Pocock, John G.A. (1993): *Die andere Bürgergesellschaft. Zur Dialektik von Tugend und Korruption*, Frankfurt/M.
 Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen.
 Vollrath, Ernst (1987): *Grundlegung einer philosophischen Theorie des Politischen*, Würzburg.